

DStGB DOKUMENTATION N° 85

TIC

Trendletter Innovators Club 09

INNOVATORS CLUB
Deutschlandforum
Verwaltungsmodernisierung

Hausaufgaben ...

... gemacht! Kommunen
als starke Akteure
S. 04

Einmaleins ...

... der Wirtschaftsförderung.
Schulen als Standortfaktor
S. 12

Nachhilfe ...

... für benachteiligte Gruppen. Ler-
nende Regionen als Impulsgeber
S. 17



Nicht verzetteln bei der Bildungsreform.

www.tic-magazin.de



DStGB

Deutscher Städte-
und Gemeindebund
www.dstgb.de

Verlagsbeilage „Stadt und Gemeinde INTERAKTIV“
Ausgabe 12/2008

Sonderdruck des DStGB-Innovators Club

Inhalt

- 03 Bildung ist Zukunft!**
Gerd Landsberg fordert, die Städte und Gemeinden stärker in den Prozess der Bildungsreform einzubauen.
- 04 „Um Kinder zu erziehen, braucht es ein ganzes Dorf“**
In den Städten und Gemeinden entscheidet sich der Erfolg oder Misserfolg von Bildung.
Von Patrizia Stajer
- 09 „Bildung ist ein wichtiger Standortfaktor“**
Eines der vorrangigen Ziele der Stadt Paderborn ist es, Kinder und Jugendliche bestmöglich auszubilden. TIC hat bei Bürgermeister Heinz Paus nachgefragt, wie dieses Ziel erreicht wird.
- 12 Das große Einmaleins der Wirtschaftsförderung**
Spätestens seit PISA ist die Qualität der Schulen zu einem wichtigen Faktor beim Standortwettbewerb geworden.
Von Hans-Diether Dörfler
- 15 „Marktführer in Sachen Bildungspolitik“**
Roger Kehle, Präsident des Gemeindetages Baden-Württemberg, und Ulrich Thöne, Vorsitzender des Vorstandes der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), zum Thema Bildung als lokaler Standortfaktor und der damit verbundenen Verantwortung der Kommunen.
- 17 „Von den ‚Lernenden Regionen‘ gehen wichtige Impulse für das gesamte Bildungswesen aus“**
Von Dr. Annette Schavan, MdB, Bundesministerin für Bildung und Forschung
- 19 Blogs around the Clock**
Wie der US-Internetwahlkampf die Politik verändert hat.
Von Franz-Reinhard Habel
- 20 Rote Karte für weiße Flecken**
„Mehr Breitband für Deutschland“: Die im Mai 2008 gestartete Informationskampagne des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und der Deutsche Telekom AG stößt auf große Resonanz.
Von Alexander Handschuh
- 22 Kommunen mit Weitblick**
Rückblick auf das 9. Deutschlandforum Verwaltungsmodernisierung auf dem Campus der Zeppelin Universität Friedrichshafen.

Kontakt IC Innovators Club

Bildung ist Zukunft!

von Gerd Landsberg



Gerd Landsberg fordert, die Städte und Gemeinden stärker in den Prozess der Bildungsreform einzubinden.

Bildung ist eine entscheidende Zukunftsfrage für unsere Gesellschaft. Nur mit besserer Bildung wird Deutschland die zentralen Herausforderungen wie demografischen Wandel, Globalisierung, Rohstoffarmut, Integration von Zuwanderern, Erhaltung des Wohlstands und Zukunftssicherung des Sozialstaates meistern können. Die notwendige Verbesserung des Bildungsstandorts muss dauerhaft finanziert werden. Hier sind Bund und Länder in der Pflicht, vor der Formulierung „immer neuer Versprechungen“ ein Finanzierungskonzept zu beschließen. Die Kommunen sind nicht in der Lage, aus eigener Kraft immer neue Anforderungen bei Personal und Infrastruktur zu leisten.

Bildung umfasst einen lebenslangen Lernprozess vom Kindergarten über die Schule, die Hochschulen, die Volkshochschulen, die betriebliche Fortbildung wie auch die individuellen Anstrengungen. Bessere Bildung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, der sich alle staatlichen Ebenen und gesellschaftlichen Gruppen – Arbeitgeber, Gewerkschaften, Kirchen und die Familien – stellen müssen. Städte und Gemeinden haben eine Schlüsselrolle bei der Verbesserung des Bildungsstandortes. Sie tragen Verantwortung für Kindergärten, Volkshochschulen, die sachliche Ausstattung der Schulen, das Bildungsklima und das familiäre Umfeld.

Bildungs-, Familien- und Integrationspolitik können nur gemeinsam fortentwickelt werden. Notwendig ist ein nachhaltiges Gesamtkonzept, das allen Aspekten Rechnung trägt. Deutschland lebt von seiner Vielfalt, deshalb müssen Verbesserungen den regionalen Besonderheiten Rechnung tragen. Bundeseinheitliche Standards, ohne Rücksicht auf die Situation vor Ort, sind deshalb nicht sachgerecht. Die grundsätzliche föderative Zuständigkeitsaufteilung, wonach vorrangig die Länder für die Bildung zuständig sind, sollte trotz gemeinsamer Zielsetzungen nicht infrage gestellt werden. Das gilt auch in Anbetracht aktueller Bemühungen in der Europäischen Kommission, zu einer größeren Abstimmung und Koordinierung der Bildungspolitiken auf EU-Ebene zu kommen.

Zentrale Herausforderungen für eine bessere Bildungspolitik sind insbesondere:

- die Verbesserung der Kindergartensituation als Ort frühkindlicher Bildung,
- Sprachkompetenz als Voraussetzung für mehr Chancengerechtigkeit,
- die bessere Vernetzung von Grundschulen und Kindergärten,
- der Ausbau der Ganztagsbetreuung in Schulen,
- die Aufwertung der gesellschaftlichen Anerkennung des Lehrerberufs durch Aufstiegsmöglichkeiten und Werbung für den Lehrerberuf,

- die Stärkung der Selbstständigkeit von Schulen (Schulprofile, Budget- und Personalhoheit),
- die Festschreibung nicht nur von Elternrechten, sondern auch von Elternpflichten,
- die stärkere Einbindung der Wirtschaft mit Blick auf Praktikumsstellen und die stärkere Vernetzung beim Übergang in die Ausbildung,
- der konsequente Ausbau der Infrastruktur von Kindergärten und Schulen und die dauerhafte Verbesserung der Ausstattung,
- die Mittelbereitstellung für zusätzliche soziale Betreuung gerade in Problemschulen und Brennpunkten.

Diese Herausforderungen sind nur zu meistern, wenn die Städte und Gemeinden zukünftig stärker in den Prozess der Bildungsreform eingebunden werden. Dies sicherzustellen ist Aufgabe der Bundeskanzlerin und der Ministerpräsidenten der Bundesländer. Zudem muss ein nachhaltiges Finanzierungskonzept auf den Weg gebracht werden.

TIC – Thema | Kommunen und Bildung | Reportage



**„Also lautet ein Beschluß:
Das der Mensch was lernen muß.“**

Schon Wilhelm Busch wusste, dass Bildung zu den elementaren Grundfesten einer Gesellschaft gehört. Allerdings widerfuhr seinem Lehrer Lämpel nichts Gutes. Dieses als Symbol für die derzeitige Bildungssituation in Deutschland zu nehmen, wäre wohl etwas übertrieben. Fest steht aber: Die deutsche Bildungspolitik ist reformbedürftig. Eine Schlüsselrolle spielen dabei die Kommunen. Denn Bildung beginnt genau dort – in den Kindergärten, Tagestätten und Schulen der Städte und Gemeinden. TIC hat nachgefragt.

„Um ein Kind zu erziehen, braucht es ein ganzes Dorf“

von Patrizia Stajer

Dass Bildung „besser“ werden muss, darüber sind sich alle einig. Und selbst über Parteigrenzen hinweg herrscht bei vielen Punkten Einigkeit: Lernen muss bereits im Kindergarten beginnen, Ganztagschulen sind sinnvoll, zwölf Jahre bis zum Abitur sind genug. Dennoch gab es beim Bildungsgipfel im Oktober „auf dem Weg zur Bildungsrepublik Deutschland“ nur wenige konkrete Ergebnisse. Die Kommunen waren nicht einmal zum Gipfel zwischen Kanzlerin und Länderchefs geladen. Dabei sind sie Träger vieler Bildungseinrichtungen und für die frühkindliche Bildung voll verantwortlich. In den Städten und Gemeinden entscheidet sich der Erfolg oder Misserfolg von Bildung. Die Kommunen selbst haben diese Herausforderung längst angenommen.

Zum Beispiel in Arnsberg (www.arnsberg.de). Hier geht man bereits seit Jahren neue Wege bei der Bildung: Die Kommune als starker Akteur in der Bildungspolitik – für Arnsbergs Bür-

germeister Hans-Josef Vogel ist das selbstverständlich: „Alle erfolgreichen Bildungsnationen zeigen uns schon, dass für mehr und bessere Bildung die Kommunen mehr Verantwortung in der Bildungspolitik übernehmen müssen. Das ist inzwischen internationales Erfahrungswissen. Daran können wir in Deutschland nicht vorbeigehen. Es geht darum, dass wir als Kommunen Kindergärten, Schulen und Bildungseinrichtungen besser unterstützen. Wer kann etwas gegen bessere Unterstützung haben? Und nicht zuletzt gilt: Die Kosten unterlassener Bildung werden vor Ort von den Kommunen getragen.“

Ein zentrales Projekt in Arnsberg war die Teilnahme am auf sechs Jahre angelegten Modellvorhaben „Selbstständige Schule.nrw“, das 2008 beendet wurde (www.selbststaendige-schule.nrw.de). Ziel des Projekts, das vom Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW und der Bertelsmann Stiftung getragen wurde, war die Verbesserung der Qualität schulischer Arbeit und insbesondere des Unterrichts durch die qualitätsorientierte Selbststeuerung an Schulen und die Entwicklung regionaler Bildungslandschaften. Der Weg, der hiermit eingeschlagen wurde, soll in Arnsberg konsequent weitergegangen werden: „Das Modellvorhaben ‘Selbstständige Schule’ www.arnsberg.de/schulen/selbststaendige-schule/index.php) hat bisher am meisten Positives bewegt – für den Unterricht, für die Schulentwicklung, für Schulverwaltung und -aufsicht, für die Weiterbildung und das Schulmanagement. Es hat enorme Kreativität ausgelöst und beispielhafte Innovationen bewirkt.“

Das Kapital in den Köpfen vernetzen

Für die Zukunft will Bürgermeister Hans-Josef Vogel den Ort in Südwestfalen zur „Modellstadt für Schule und Bildung“ ausbauen. „Wir wollen als Stadt die örtlichen Bildungsakteure vom Kindergarten über die Schulen bis zur Weiterbildung besser unterstützen. Unser Ziel: mehr und bessere Bildung für alle. Dazu werden wir erstens das Nebeneinander von Akteuren und Bildungseinrichtungen weiter auflösen. Mehr und bessere Bildung braucht mehr als Lehrerinnen und Lehrer, die Einzelkämpfer sind, mehr als eine Schule, die Einzelschule ist, mehr als eine Schulaufsicht, die für sich arbeitet, mehr als eine Schulverwaltung, die sich auf ‘äußere’ Schulangelegenheiten zurückzieht, mehr als eine Jugendhilfe, die nicht in allen Schulen ist, und mehr als eine Wirtschaft, die kritisch zuschaut. Wir bilden eine örtliche Verantwortungsgemeinschaft für Bildung und führen darin die unterschiedlichen Zuständigkeiten und Potentiale zusammen“, so Hans-Josef Vogel. Außerdem soll in Zukunft die Unterstützung des örtlichen Bildungswesens intelligenter gesteuert werden: „Wir brauchen mehr Wissen, wo und wie wir besser unterstützen können, wo und wie die Einrichtungen konkret besser werden können. Wir werden das Kapital in den Köpfen der Menschen, die bei uns in der Stadt mit Bildung befasst sind, wirksam vernetzen und optimal nutzen. Wenn wir die entscheidenden Informationen haben, können wir unser örtliches Bildungswesen als Ganzes so unterstützen, dass hier jede und jeder Einzelne sein Bildungspotential entfalten kann.“

Auf dem Weg zur Bildungsstadt

Unter dem Titel „Wir starten durch“ fiel vor kurzem der offizielle Startschuss für das Projekt Bildungsstadt Arnsberg. In der ersten Phase werden sechs Vorhaben umgesetzt:

1. Erarbeitung eines neuen Leitbildes auf einer starken Wertegrundlage für eine örtliche Verantwortungsgemeinschaft in der Bildung
2. Erarbeitung eines angewandten Qualitätsmanagements für die Schulen. Stichwort: Qualitative Schulentwicklungsplanung, die die Ergebnisse der Selbstevaluation der Schule und der NRW-Schulinspektion für Schule, Schulwesen und die Unterstützungssysteme im Sinne einer kontinuierlichen Verbesserung handhabbar macht
3. Verbesserung der frühkindlichen Bildung durch eine kontinuierliche qualitative Kindergartenentwicklung und ein besseres Kindergartenmanagement auf der Grundlage der positiven Ergebnisse des Modellvorhabens „Selbstständige Schule“ in Arnsberg. Hier werden auch neue Wege in der Fortbildung gegangen.

4. Erleichterung des Übergangs Schule/berufliche Ausbildung sowie Schule/Studium durch ein Unterrichtsentwicklungsprojekt und neue Wege der Berufsorientierung an den Förder- und Hauptschulen

5. Das Durchstarten von „Selbständiger Schule“ zur „Bildungsstadt“ Arnsberg bedeutet vor allem, die positiven Ergebnisse der „Selbständigen Schulen“ in den nächsten Jahren zu verstetigen und auf alle Schulen in der Stadt zu übertragen. Eine nicht einfache, aber notwendige Modernisierungsaufgabe.

6. Hinzukommen soll dann eine Weiterbildungsinitiative, die schon in den Schulen beginnt. Schulen müssen jungen Menschen mit Motivation und Fähigkeit zu lebenslangem Lernen ausstatten.

Um Vorhaben wie diese zu einem Erfolg zu machen, müssen alle Personen und Einrichtungen aus dem Bildungsbereich an einem Strang ziehen, denn gerade auf kommunaler Ebene wird die Bildungslandschaft von unterschiedlichsten Akteuren geprägt. In Arnsberg wurden hierzu bereits mehrere feste Einrichtungen geschaffen:

- eine Lenkungsgruppe mit Vertretern der unterschiedlichen Bildungsbereiche und -institutionen sowie der Unterstützungssysteme,
- thematische Innovationskonferenzen der Akteure,
- eine jährliche Bildungskonferenz aller Akteure und Unterstützer,
- Vernetzung des Wissens in einer Arnsberger Bildungsberichterstattung.

Erster Schritt auf dem Weg zur „Bildungsstadt“ ist es nun, gemeinsam ein Leitbild zu entwickeln, das die Kultur der Zusammenarbeit prägt.

Abschied vom alten Denken

In Arnsberg ist also bereits viel passiert und der eingeschlagene Weg wird konsequent weitergegangen. Doch wie sieht es mit dem Gestaltungsspielraum aus, den die Kommunen hierbei haben? Reicht er so, wie er ist, aus, um „mehr“ Bildung bieten zu können? Hans-Josef Vogel: „Wir können schon im bestehenden System das Nebeneinander und die damit verbundene fehlende Zielorientierung auflösen. Wir können schon im bestehenden System, neue örtliche Verantwortungsgemeinschaften schaffen, wichtige Projekte 'freiwillig' durchführen, die Unterstützung intelligenter organisieren auf der Grundlage von mehr Wissen über Bildung und Bildungsmanagement vor Ort. Jede Seite kann sich öffnen und mithelfen, Transparenz herzustellen und ihre Arbeit mit neuer Unterstützung verbessern. Daran hindert uns niemand. Dazu müssen keine Gesetze geändert werden. Wichtig ist aber, dass die Schulen vor Ort entsprechende Gestaltungsspielräume erhalten, um individuell zu fördern, eigene Schwerpunkte zu setzen. Hier brauchen wir zügig neue Grundlagen, die das alte Denken und die alten Gesetze der Bildungsplanwirtschaft ablösen.“

„Regionale Bildungslandschaft“ Ravensburg

Auch 600 Kilometer weiter südlich in Ravensburg (www.ravensburg.de) hat man sich schon lange das neue Rollenverständnis der Kommunen im Bereich Bildung zu Eigen gemacht. Längst ist auch dort die Stadt weit mehr als nur der formale Schulträger, der sich um die Gebäude, das Schulsekretariat und den Hausmeister kümmert und sonst außen vor ist. Ravensburgs Oberbürgermeister Hermann Vogler beschreibt die zeitgemäße Rolle seiner Stadt so: „Bildung ist mehr als Schule – oder wie ein afrikanisches Sprichwort sagt: 'Um ein Kind zu erziehen braucht es ein ganzes Dorf'. Das 'Dorf' sind die Städte und Gemeinden, ist die regionale Bildungslandschaft. Hier werden die Grundlagen für erfolgreiche Bildung, für die Teilhabe an der Gesellschaft und für berufliche Befähigung gelegt. In der Familie und Nachbarschaft, in den Kindertagesstätten und Schulen, in der Kinder- und Jugendarbeit, in den Kultureinrichtungen und nicht zuletzt bei den Betrieben und Wirtschaftsunternehmen.“ Für Hermann Vogler wird in der regionalen Bildungslandschaft den Kommunen erstmals 'in Augenhöhe' eine Partnerschaft in einer

staatlich-kommunalen Verantwortungsgemeinschaft für Schule und Bildung zugestanden.

Im oberschwäbischen Landkreis Ravensburg startete im Februar 2006 das Modellprojekt „Regionale Bildungslandschaft“ mit dem Ziel, Schulentwicklung regional auszurichten und zu vernetzen sowie eine engere Abstimmung zwischen allen an Bildung und Erziehung Beteiligten zu erreichen. Insbesondere zwischen staatlicher Schulverwaltung und kommunalen Schulträgern. Insgesamt haben sich daran inzwischen 82 Schulen aus dem Landkreis sowie zahlreiche außerschulische Partner beteiligt. In den Projektschulen wurden im Rahmen der Selbstevaluation SEIS (SelbstEvaluationInSchulen) (www.seis-deutschland.de) in mehreren Durchläufen Daten über die Stärken und Schwächen der Schulen gesammelt, um daraus konkrete Projekte und Verbesserungsmaßnahmen an den Schulen abzuleiten. Außerdem wurden feste Einrichtungen geschaffen, um den Schulentwicklungsprozess zu steuern und zu unterstützen: Die regionale Steuergruppe, das regionale Bildungsbüro und der regionale Bildungsbeirat. Denn um bei der Vielzahl der Maßnahmen und Akteure erfolgreich zu sein und zu bleiben, müssen alle, die an Bildung beteiligt sind, zusammenarbeiten. In diesem Abstimmungsprozess spielen die Steuerungsgruppe und das Bildungsbüro eine zentrale Rolle. In der Steuergruppe sitzen Vertreter der Schulaufsicht, der Schulträger, des Kultusministeriums und der Bertelsmann Stiftung. Dort werden die Strategien und Projekte gelenkt, sowie über den Einsatz des Budgets entschieden. Die Steuerungsgruppe ist außerdem der „Botschafter“ in die Kommunalpolitik. Das regionale Bildungsbüro ist der organisatorische Kern, hier laufen die Fäden des Netzwerkes zusammen. Das Bildungsbüro ist die Geschäftsführung im Projekt, fördert den Austausch von „best practice“ und baut Arbeitskreise auf, so der Ravensburger Oberbürgermeister.



Hermann Vogler, Oberbürgermeister der Stadt Ravensburg: An vielen Schulen sind eine positive Aufbruchstimmung und mehr Bereitschaft zu Veränderungen entstanden.“



Hans-Josef Vogel, Bürgermeister der Stadt Arnsberg: „Wir werden das Kapital in den Köpfen der Menschen, die bei uns in der Stadt mit Bildung befasst sind, wirksam vernetzen und optimal nutzen.“

Eine Region im Aufbruch

In den letzten zweieinhalb Jahren haben sich diese Steuerungsinstrumente bewährt, jetzt steht das Projekt „Regionale Bildungsregion“ kurz vor dem Abschluss. Für Oberbürgermeister Hermann Vogler fällt die Bilanz positiv aus: „Über die Selbstevaluation hat ein kontinuierlicher gegenseitiger Austausch begonnen – ‘voneinander lernen’ und ‘miteinander entwickeln’. Über das Bildungsbüro ist ein breites Netzwerk von Bildungs- und Ausbildungsträgern entstanden. Schulische Übergänge wurden besser aufeinander abgestimmt, in Zusammenarbeit von Schulen, Betrieben und Kammern Schüler besser auf die Berufsausbildung vorbereitet. Mit den Regionalkonferenzen im Einzugsgebiet der größeren Städte mit ihren weiterführenden Schulen tauschen sich Kommunen und Schulen gemeinsam aus über Erfahrungen, gemeinsame Projekte, konkrete Vereinbarungen. Schulteams wurden über das Bildungsbüro im Schulmanagement, in der Schulentwicklung und in der Unterrichtsqualität fort- und weitergebildet. An vielen Schulen sind so eine positive Aufbruchstimmung und mehr Bereitschaft zu Veränderungen entstanden.“

Das Bundesland wird zur Bildungslandschaft

Diese Aufbruchstimmung soll genutzt werden. Der Kreistag vor Ort hat bereits beschlossen, das bisherige Pilotprojekt ab 2009 in eigener Verantwortung und mit eigenem Budget weiterzuführen. Auch das Bildungsbüro, die Steuergruppe und der Bildungsbeirat wird es weiterhin geben. Hermann Vogler nennt für die Zukunft folgende Schwerpunkte:

- Ausrichtung von Schule und Bildung auf Bildungsgerechtigkeit, d. h. auf faire Teilnahme aller Kinder und Jugendlichen am Bildungsprozess
- lebendige Vernetzung von Schulleitungen und Lehrerschaft, Schulsozialarbeitern und Schulträgern in den Regionalkonferenzen sowie Optimierung der Schnittstellen und Übergänge
- Schnittstelle und Übergang Schule-Beruf als Schwerpunkt in der Zusammenarbeit von Schulen, Betrieben, Kammern, Schulträgern, Schulaufsicht und Berufshilfe (Arbeitskreis Schule/Wirtschaft, Berufswahlcamps an den Schulen, Lehrerpraktika, Lernlabore für Schüler, betriebliche Experten an Schulen)
- Elternarbeit (Mentorenausbildung für Migranteneltern, Elternschule, Zusammenarbeit im Kreisprogramm „Fit for family“)
- Umbau der Schulen zur Ganztageschule: Schon heute verändert sich der Nachmittag in der Stadt für Kinder, Jugendliche und Familien. In der „Ganztagesbildung“ muss die Zusammenarbeit von Schule mit offener Jugendarbeit, Musikschulen und Sportvereinen, Kirchengemeinden und Vereinen neu „rhythmisert“ werden. Zivilcourage, Kreativität und Engagement von Kindern und Jugendlichen brauchen die Förderung durch außerschulische Angebote.
- Im Fall der Bildungslandschaft Ravensburg bietet sich eine stärkere Integration der pädagogischen Hochschule Weingarten mit Blick auf Lehrerbildung und wissenschaftliche Begleitung an.
- Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe: Ravensburg hat über 20 Jahre Erfahrung mit der Schulsozialarbeit und seit 1994 im Rahmen der Kommunalen Kriminalprävention den Schwerpunkt Jugend.

Auch landesweit will man die Erfahrungen aus Ravensburg und aus Freiburg, das sich ebenfalls am Projekt „Regionale Bildungsregion“ beteiligt hat, in Zukunft nutzen. Ab 2009 soll das System der regionalen Bildungslandschaft in ganz Baden-Württemberg umgesetzt werden. Eigentlich eine positive Nachricht, doch Herrmann Vogler mahnt: „Vor diesem Hintergrund bleibt es unverständlich, dass die staatlichen Schulämter, die erst vor drei Jahren den Landkreisen zugeordnet wurden, ab 2009 als staatliche Sonderbehörde wieder aus den Landkreisen ausgegliedert werden. Die Fortsetzung der regionalen Bildungslandschaft setzt deshalb voraus, dass eine verbindliche Vereinbarung mit dem Kultusministerium für gleichberechtigte Mitsprache zustande kommt.“

„Bildung ist ein wichtiger Standortfaktor“

Paderborn (www.paderborn.de) ist im Vergleich zu anderen Kommunen eine junge Stadt: Über 41.000 von rund 142.000 Einwohnern sind unter 25 Jahre alt (29,0%). Als Oberzentrum ist der Ort außerdem Schulstadt. Eines der vorrangigen Ziele von Paderborn ist es, Kinder und Jugendliche bestmöglich auszubilden. TIC hat bei Paderborns Bürgermeister Heinz Paus nachgefragt, wie dieses Ziel erreicht wird.



In Paderborn ist Bildung ganz klar ein Schwerpunktthema in Politik und Verwaltung. Bürgermeister Heinz Paus informiert über konkrete Projekte in seiner Stadt.



Herr Paus, lange galt Bildung als Ländersache. Warum ist es so wichtig, dass die Kommunen stärkere Akteure in der Bildungspolitik werden?

Wohlstand und eine erfolgreiche Entwicklung erreichen wir in unserem Land nur durch Bildung. Diverse Vergleichsstudien wie PISA oder von der OECD haben gezeigt, dass sich Deutschland im Bereich der Bildung nicht so schnell weiterentwickelt hat, wie das in anderen Staaten der Fall war und hinter andere Länder zurückgefallen ist. Bildung ist aber unsere wichtigste Ressource, wenn nicht sogar der einzige „Rohstoff“, über den wir in Deutschland in ausreichendem Maße verfügen können. Darum sind alle Akteure gefordert, auf staatlicher Ebene – nicht nur die Bundesländer, sondern auch der Bund und die Kommunen – das in ihrem Rahmen Mögliche zu tun, dass sich die Voraussetzungen für Bildung in Deutschland künftig wieder deutlich verbessern.

Und wie weit sind Ihrer Meinung nach die Kommunen bereits auf dem Weg hin zu starken Akteuren in diesem Bereich?

In Paderborn ist Bildung ganz klar ein Schwerpunktthema in Politik und Verwaltung. Auch von vielen anderen Städten weiß ich, dass sie sich das Thema Bildung auf ihre Fahnen geschrieben haben. Die Bertelsmann Stiftung hat z.B. mit verschiedensten Kommunen immer wieder Projekte in diesem Bereich initiiert. Auch das Land Nordrhein-Westfalen hat in den letzten Jahren diverse Programme im Bereich Bildung aufgelegt, für die Kommunen sich bewerben konnten. Aber es gibt natürlich auch Städte und Gemeinden, die in anderen Bereichen so große Sorgen haben, dass es ihnen schwerfällt, das Thema Bildung entsprechend seiner Wichtigkeit zu forcieren.

Wie wichtig ist der Bereich Bildung für die Entwicklung einer Stadt?

Bildung ist ein wichtiger Standortfaktor. Im Wettbewerb mit anderen kann auch in diesem Themenbereich jede Kommune versuchen, sich mit eigenen Schwerpunkten zum Thema Bildung von anderen zu unterscheiden, ein eigenes Bildungsprofil zu entwickeln. Das macht die Städte für Firmen attraktiv aber natürlich auch für Arbeitskräfte, für Auszubildende/Studierende und natürlich auch für Familien.

Wo liegen die Schwerpunkte im Bereich Bildungspolitik in Ihrer Stadt?

Nachdem wir den Aufbau der „Lernstatt Paderborn“ im Jahr 2004 weitgehend abschließen konnten, haben wir uns in den letzten drei Jahren intensiv dem Projekt „Kind & Ko“ sowie der flächendeckenden Einführung der Offenen Ganztagsgrundschule gewidmet. Für Letzteres steht in den nächsten Monaten noch eine Reihe von Investitionen an, da an einigen Grundschulen die räumlichen Voraussetzungen für den Ganztagsbetrieb noch optimiert werden können.

Würden Sie sich als Kommune noch mehr Gestaltungs- und Mitwirkungsspielraum wünschen, um „mehr“ Bildung bieten zu können?

Nur soweit es die Möglichkeiten betrifft, die Voraussetzungen für gute Bildung noch zu verbessern. Die Art und Weise der Wissensvermittlung selber bleibt letzten Endes Sache der Bundesländer, und das sollte meiner Meinung nach auch nicht durch kommunale Einflussnahme zu sehr aufgesplittert werden.

Ein wichtiger Baustein im Bereich Bildung ist in Paderborn das Bildungsbüro „Kind & Ko.“ Was ist neu an diesem Modell?

Zentrales Ziel ist es, die frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung für Kinder von 0 bis 8 Jahren auf lokaler Ebene durch den Aufbau kommunaler Netzwerke zu verbessern. Als Basis dient ein Bildungsverständnis, welches bei den Stärken der Kinder ansetzt. Drei Handlungsfelder wurden als Schwerpunkte gewählt:

1. Kita als Bildungsort auszubauen
2. Zusammenarbeit mit Eltern zu intensivieren
3. Kooperation aller „Profis“ zu fördern.

Neu ist die regelmäßige Zusammenarbeit von vielen Akteuren „rund ums Kind“ in Arbeitsgruppen zu unterschiedlichen Schwerpunkten wie „Rund um die Geburt“, „Kind und Familie im Zentrum“, „Übergang Kita-Grundschule“. Hier werden abgestimmte Bildungsangebote entwickelt und umgesetzt. Gesteuert werden die Aktivitäten durch eine Verflechtung der Ressorts Bildung, Gesundheit, Soziales sowie Kinder- und Jugendhilfe. Hierzu finden jeweils vier Treffen im Jahr statt, welche durch das Bildungsbüro vorbereitet und moderiert werden. Dabei ist das Bildungsbüro Anlaufstelle für alle Fragen zum frühkindlichen Bereich und Schnittstelle zwischen den Akteuren vor Ort und der Verwaltung/Politik. Elf neue Maßnahmen aus den einzelnen Arbeitsgruppen sind innerhalb der letzten drei Jahre entwickelt und umgesetzt worden. Sie tragen erheblich zu mehr Familienfreundlichkeit in der Kommune bei und unterstützen in vielen Bereichen das Frühwarnsystem der Stadt.

Wie funktioniert die Vernetzung und Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure innerhalb von „Kind & Ko“?

Vernetzung und Zusammenarbeit von Akteuren wird durch das Bildungsbüro „Kind & Ko“ gesteuert und intensiviert – ca. 120 Akteure unterschiedlichster Professionen und Trägerzugehörigkeit sowie Eltern arbeiten in den drei vorgenannten Arbeitsgruppen zusammen. Pro Arbeitsgruppe sind ca. 4 bis 6 Treffen im Jahr geplant mit dem Ziel der weiteren Optimierung des frühkindlichen Bereichs, unterstützt mit gezielten fachlichen Inputs. Vor- und Nachbereitung dieser Arbeitsgruppen findet durch das Bildungsbüro in enger Zusammenarbeit mit den Moderatoren der AGs statt. Die AGs werden trägerübergreifend mit Akteuren aus der Stadt moderiert. In den AGs entstehen langfristige und verbindliche Kooperationen statt Konkurrenz. Abstimmungen unter Profis zu Themenbereichen, um eine Vielfalt an Angeboten für junge Familien bieten zu können. Qualitätssteigerung der kommunalen Angebote. Trägerübergreifende Arbeit auch im Bereich der Kindertageseinrichtungen Grundschulen wie z.B. gemeinsame Fortbildungen für ErzieherInnen/LehrerInnen zu dem Beobachtungs- und Dokumentationsverfahren der „Bildungs- und Lerngeschichten“. Weiterentwicklung und Begleitung der umgesetzten Maßnahmen wie z.B. KOSIAN: Hier begrüßen 23 ehrenamtliche FamilienbegleiterInnen jedes neugeborene Kind in der Stadt und überreichen ein Elternbegleitbuch mit den Bildungsangeboten aus der Stadt. Diese FamilienbegleiterInnen werden

durch das Bildungsbüro geschult und fortgebildet sowie in die Arbeitsgruppe „Rund um die Geburt“ integriert, damit gegenseitige Erfahrungen, Wissen etc. transparent und nutzbar werden. Jeweilige Erfahrungsaustausche finden in den unterschiedlichsten Institutionen statt, um das gegenseitige Kennen zu fördern und vieles mehr. Die Koordination dieser vielschichtigen Prozesse ist hierbei von großer Bedeutung, um die Vernetzung in der Kommune erfolgreich zu gestalten.

Geht Paderborn auch noch in anderen Bildungsbereichen „neue Wege“?

Anfang des Jahrzehnts haben wir uns an dem Projekt KOMPASS der Bertelsmann Stiftung beteiligt, haben uns dort aber sehr auf den Schwerpunkt Bildung konzentriert. Aus diesem Projekt ist dann eine bessere sprachliche Förderung von Kindern und Eltern mit Migrationshintergrund, insbesondere Müttern, über die Kindergärten entstanden. Auch gab es hier schon erste Ansätze zur Verbesserung des Übergangs von der Grundschule zur weiterführenden Schule, um die Zahl der Schulwechsler nach der sechsten Klasse zu verringern. Ebenfalls wurden aus dem Projekt heraus Maßnahmen ergriffen, die eine Reduzierung der damals vergleichsweise hohen Schulabbrecherquote bei männlichen Jugendlichen mit Migrationshintergrund bewirken sollten.

In den Jahren 2005 und 2006 beteiligten wir uns an dem Landesprojekt KOMM IN zur besseren Integration von Ausländern und Spätaussiedlern. Von insgesamt fünf daraus entstandenen Arbeitsgruppen befasst sich eine intensiv mit dem Thema Sprachförderung und eine zweite etwas allgemeiner mit dem Thema schulische und berufliche Bildung.

Und wie werden solche Projekte angenommen?

Das Projekt KOMPASS ist zwischenzeitlich beendet, die Arbeitsgruppen arbeiten aber teilweise in „Kind & Ko“ weiter. Das KOMM IN-Projekt des Landes hat sich in Paderborn mit viel ehrenamtlichem Zutun verselbständigt und wird vom städtischen Integrationsbüro koordiniert und unterstützt. Gerade dieses Projekt erfreut sich zunehmender Beliebtheit, vor allem natürlich bei unseren Mitbürgern mit Migrationshintergrund. Der jährlich stattfindende Integrationskongress hat von Jahr zu Jahr mehr Besucher, unter denen sich auch immer wieder Menschen finden, die sich bereitwillig ehrenamtlich in diesem Feld engagieren.

Gute Bildungskonzepte können auch anderswo „helfen“. Wir funktioniert der Austausch mit anderen Kommunen?

Über die Erfahrungen von „Kind & Ko“ wurde von der Bertelsmann Stiftung ein Handbuch „Kommunale Netzwerke für Kinder“ herausgegeben, welches an alle Bürgermeister in Deutschland verschickt wurde. Das Bildungsbüro steht für Anfragen aus anderen Kommunen, die ähnliche Prozesse initiieren möchten, zur Verfügung und hat bereits auch in anderen Kommunen die Inhalte und Wege von „Kind & Ko“ vorgestellt.



Standortprofil schärfen!

Wer etwas Besonderes zu bieten hat und sich aus der Masse hervorhebt, hat Vorteile. Das gilt auch für Kommunen beim Standortwettbewerb. Spätestens seit PISA ist dabei die Qualität der Schulen zu einem wichtigen Faktor geworden. Mit der im September 2008 eröffneten Franconian International School hat Erlangen ein weiteres attraktives Bildungsangebot in der Stadt. Und ein gutes Argument mehr, um ansiedlungswillige Investoren – vor allem aus dem Ausland – für die fränkische Hugenottenstadt zu begeistern.

Das große Einmaleins der Wirtschaftsförderung

von Hans-Diether Dörfler

„Die Schul- und Bildungspolitik ist die Wirtschaftspolitik des 21. Jahrhunderts,“ konstatierte Günther Beckstein im September 2008 bei der Einweihung des einladend modernen Neubaus der Franconian International School (FIS) in Erlangen. Mit seinem Statement brachte Bayerns damaliger Ministerpräsident die häufig abgehobene Diskussion um Schule und Bildung auf den Boden der nüchternen Ökonomie zurück. Bildung zahlt sich aus, und zwar für das Bruttosozialprodukt, lautete die politische Botschaft, die der Politiker vor kleinen und großen Zuhörern beim Festakt zur Eröffnung der FIS verkündete.

Tatsächlich hat die Einrichtung einer Schule wie der FIS wenig mit klassischen Bildungsidealen und viel mit ökonomischen Erwägungen zu tun. Die Bildungseinrichtung positioniert sich als internationale Ganztagschule, die Kinder von der Vorschule bis zu einem weltweit anerkannten höheren Abschluss, dem International Baccalaureate, betreut. Im Schuljahr 2008/09 werden rund 440 Kinder und Jugendliche aus 37 Ländern in englischer Sprache überwiegend von Muttersprachlern und nach einem internationalen Lehrplan auf Englisch unterrichtet: Ganztägiges Lernen und Leben in einer farben- und lebensfrohen Umgebung, eine ungezwungene Atmosphäre sowie individuelle Betreuung stehen im Zentrum des pädagogischen Konzepts. Vorwiegend Kinder von ausländischen Fach- und Führungskräften, die temporär für international operierende Firmen in der Metropolregion Nürnberg tätig sind, besuchen die Schule und den angeschlossenen Kindergarten.

Wirtschaft macht Schule

Vor diesem Hintergrund überrascht nicht, dass der Anstoß für die Gründung der FIS aus der Privatwirtschaft kam: Mit dem Abzug der US-Truppen von den Militärbasen im Großraum Nürnberg nach Ende des Kalten Krieges schloss 1995 auch die vom US-Verteidigungsministerium betriebene englischsprachige Schule in Fürth. Konnten dort bis dato die schulpflichtigen Kinder des ausländischen Fach- und Führungspersonals vieler ex-

portorientierter Firmen der Region eingeschult werden, bestand nun dringender Bedarf an einer neuen Bildungseinrichtung: Legten doch viele hoch qualifizierte Experten bei der Auswahl ihres Arbeitsplatzes in Deutschland großen Wert auf eine angemessene Infrastruktur zur Ausbildung ihres Nachwuchses. Das Fehlen einer internationalen Schule erwies sich schnell als immenser Standortnachteil für die Kommunen der Wirtschaftsregion Mittelfranken mit ihren zahlreichen international agierenden Unternehmen wie adidas, Puma oder Siemens. Zumal sich die vorübergehende Lösung, die schulpflichtigen Kinder mit dem Bus an die Bayerische Internationale Schule in München zu fahren, bei einer einfachen Fahrzeit von 90 Minuten (ohne Stau) als nicht eben besonders praktisch und kindgerecht erwies.

In dieser Situation ergriff das in Nürnberg ansässige US-Unternehmen Kennametal/Hertel zusammen mit dem dortigen German-American Institute die Initiative zur Gründung einer englischsprachigen, staatlich anerkannten Ersatzschule. Finanziell und ideell nachhaltig unterstützt von Seiten der adidas AG nahm die Franconian International School getaufte Schule im September 1998 mit 25 Schülerinnen und Schülern in Herzogenaurach ihren Lehrbetrieb auf. Zunächst in verschiedenen Provisorien untergebracht, beabsichtigte die bis 2004 auf über 200 Schülerinnen und Schüler angewachsene Schule den Bau eines großzügigen Gebäudekomplexes mit Räumen für die Vorschule bis zur Oberstufe.

Tauziehen um eine Schule

Die Standortsuche der Schule entwickelte sich zu einem Lehrstück für die Bedeutung einer Schule als Standortfaktor für eine Gebietskörperschaft: Schnell hatte sich die Suche der Schule in einen Wettstreit dreier Kommunen und der dort ansässigen Großunternehmen um die Ansiedlung der Schule verwandelt. Ihr Einsatz entsprach dem beim Kampf um die Ansiedlung eines wichtigen Industriebetriebs. Die Konkurrenten: die Städte Herzogenaurach, Erlangen und Nürnberg sowie die beiden DAX-Unternehmen Siemens AG und adidas AG. Im Ergebnis setzte sich das lukrativere Angebot durch: Die mit Zentralen dreier Geschäftsbereiche in Erlangen ansässige Siemens AG bot der FIS sieben Millionen Euro, dazu die Stadt Erlangen kostengünstigen Baugrund und die Nähe zur Universität. Damit übertrafen sie adidas und die Stadt Herzogenaurach, die fünf Millionen Euro und ein 2,5 Hektar großes Areal in der geplanten World of Sports auf dem ehemaligen US-Kasernengelände vor den Toren der Stadt offerierten. Die FIS entschied sich für das um zwei Millionen Euro höhere Angebot. „Siemens schnappte adidas Elite-Schule weg“, titelte die Bild-Zeitung. Wider Erwarten fiel damit die Entscheidung gegen den Gründungsstandort Herzogenaurach und den langjährigen Geldgeber adidas. Während das Unternehmen die Entscheidung sportlich sah und die Schule weiterhin unterstützt, zeigten sich Politiker der Stadt Herzogenaurach und des umliegenden Landkreises enttäuscht und verbittert: Die Aufbauleistung sei „in Ellbogenmanier“ zerschlagen worden, klagten Kommunalpolitiker.

Schule zahlt sich aus

Doch steht hinter diesen Fakten die Frage, was eine solche Einrichtung wie die FIS für gerade mal 440 Schülerinnen, Schüler und Kinder im Kindergartenalter so attraktiv macht, dass drei Städte und zwei DAX-Unternehmen um den zukünftigen Standort der Schule konkurrieren? Galt doch das Bildungsangebot vor Ort ebenso wie etwa das lokale Kulturangebot oder die örtlichen Freizeitmöglichkeiten lange lediglich als weicher Standortfaktor, der nicht quantifizier- und bilanzierbar ist. Doch machte der harte Wettkampf um den zukünftigen Standort der FIS deutlich, welch hohen Stellenwert Kommunen ebenso wie Unternehmen den weichen Standortfaktoren inzwischen einräumen.

Für weltweit operierende Unternehmen sind internationale Schulen für die Anwerbung hoch qualifizierter Mitarbeiter unabhängig von ihrer Herkunft unerlässlich. Aber um solche Experten zu gewinnen, bedarf es der richtigen Konditionen. Eine dieser Bedingungen ist die Fähigkeit, ihren Kindern eine ausgezeichnete Schulbildung anbieten zu können – nach internationalem Standard: Das bedeutet Englisch als Schulsprache und Abschlüsse, die weltweit anerkannt sind, so dass die Kinder die Schulen weltweit problemlos wechseln können.

Für Städte, Gemeinden und Landkreise ist eine internationale Schule ein immer kräftigeres Argument, um ansiedlungswillige Investoren – gerade aus dem Ausland – für den eigenen

Standort zu begeistern. Ein exzellentes Bildungsangebot sichert so in Form erhöhter Attraktivität des Wirtschafts- und Wohnstandorts nicht nur kommunale Steuereinnahmen, ein gutes Schulumfeld unterstützt auch die Entwicklung der ansässigen Unternehmen durch ein breites Arbeitskräfteangebot. Mittelfristig steigert sich so die Innovationsdynamik und Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig.



Seit August besuchen 440 Kinder und Jugendliche aus 37 Ländern die Franconian International School (FIS) im Erlanger Röthelheimpark.



Die Bildungseinrichtung positioniert sich als internationale Ganztagschule, die Kinder von der Vorschule bis zu einem weltweit anerkannten höheren Abschluss, dem International Baccalaureate, betreut.

Bildungsrendite für Schlaue

„Gute Schulen sind Standortfaktoren für die Wirtschaft. Die Mobilität vieler Mitarbeiter ist heute spürbar eingeschränkt, wenn jeder Schulwechsel zum Drama wird. Das bringt massive Nachteile für die Unternehmen mit sich“, fasst deshalb Mechthild Löhr, Vorsitzende des BDA-Arbeitskreises Schule, zusammen, wie sich ein optimales Bildungsangebot für Familien mit schulpflichtigen Kindern angesichts der zunehmenden Verflechtung der globalen Wirtschaft sowie der demographischen Entwicklung in Deutschland zu einem entscheidenden Wirtschaftsfaktor entwickelt. Der Erhalt und Ausbau des Wohlstands deutscher Städte, Gemeinden und Landkreise sowie ihre Attraktivität als Wirtschaftsstandort für Investoren hängen zunehmend davon ab, ob sie gerade gut ausgebildeten jungen Familien gleich welcher Herkunft neben einem lebenswerten Umfeld auch eine exzellente Schulbildung für ihre schulpflichtigen Kindern anbieten können. Die Gebietskörperschaften sehen sich deshalb im europäischen Wettbewerb um die besten Standortbedingungen vor die Herausforderung gestellt, ein Hauptaugenmerk der Wirtschaftsförderung auf ein optimales Bildungsangebot und große Familienfreundlichkeit zu legen. Zumal die harten Standortfaktoren in der Regel nicht oder nur in sehr geringem Umfang von der Wirtschaftsförderung der Gebietskörperschaften beeinflussbar sind.

Eine solche familienfreundliche Umgebung mit entsprechendem Bildungsangebot muss jedoch intensiv durch politisches Handeln auf kommunaler Ebene gefördert werden: „Die Schlüsselrolle bei der Verbesserung des Bildungsstandorts Deutschland haben die Kommunen,“ betont deshalb Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. Sie zeichnen nicht nur für Kindergärten, Volkshochschulen und die sachliche Ausstattung der staatlichen Schulen verantwortlich, sondern eben auch für die Ansiedlung von der Wirtschaft dringend benötigter internationaler Schulen. Von dem allgemeinen Bildungsklima und der damit verbundenen Familienfreundlichkeit ganz zu schweigen.

Kluge Köpfe finden sich

Jede Gebietskörperschaft und jeder Zusammenschluss von Kommunen hat Möglichkeiten, sich zu einer bildungsstarken, familienfreundlichen und damit wachstumsfähigen Einheit zu entwickeln. Bei der Umsetzung familien- und bildungspolitischer Ziele sind indes nicht nur die Aktivitäten der Gebietskörperschaften gefragt, sondern die Zusammenarbeit unterschiedlicher Partner – wie es das unternehmerische Engagement bei der Gründung und dem Ausbau der FIS in der Metropolregion Nürnberg beispielhaft bewiesen hat. Sowohl Erlangen als

auch Herzogenaurach haben beim Auf- und Ausbau der FIS ein Beispiel für starke kommunale Unterstützung eines nichtstaatlichen Schulprojekts gegeben. Ein Engagement, das sich inzwischen für alle Beteiligten auszahlt. Längst ist der anfängliche Ärger auf Seiten der Stadt Herzogenaurach verfliegen. Auch adidas zeigte sich sportlich und unterstützt die Schule weiterhin. Ein perfekt funktionierendes Schulbussystem mit insgesamt 26 Linien verbindet die Franconian International School nicht nur mit den beiden zwölf Kilometer voneinander entfernten Städten Erlangen und Herzogenaurach, sondern auch mit zahlreichen umliegenden Gemeinden.

TIC – Dialog

„Marktführer in Sachen Bildungspolitik“

Spätestens seit der Föderalismusreform, und erneut befeuert durch den „Bildungsgipfel“ Ende Oktober, wird kontrovers diskutiert, auf welcher Ebene die tatsächliche Verantwortung für eine zukunftsgerichtete Bildungspolitik liegen muss – auf Bundes- oder Länderebene. Doch eine Bildungslandschaft wird nicht nur an den grünen Tischen der Kultusministerkonferenzen gestaltet, sondern sprichwörtlich „vor der eigenen Haustür“.

Roger Kehle, Präsident des Gemeindetages Baden-Württemberg, und Ulrich Thöne, Vorsitzender des Vorstandes der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), zum Thema Bildung als lokaler Standortfaktor und der damit verbundenen Verantwortung der Kommunen.



Roger Kehle sieht die bildungspolitische Verantwortung bei Ländern und Kommunen.



Für Ulrich Thöne müssen die Ziele einheitlicher Lebensverhältnisse und der gleichen hohen Qualität von Bildung gewahrt bleiben.

Als Vertreter der Lehrer fordern Sie, Herr Thöne, dass zur Verwirklichung der Vision von einer „Bildungsrepublik“ alle Ebenen – Bund, Länder, Kommunen – bildungspolitisch an einem Strang ziehen sollen, und vermissen genau diese Kooperation nach dem Ende des Bildungsgipfels. Wie sollte diese Zusammenarbeit der drei Akteure mit dem Ziel eines verbesserten Bildungswesens in Ihren Augen aussehen? Wer soll welche Rolle übernehmen?

Thöne: Die notwendigen Maßnahmen müssen zielführend miteinander kombiniert werden. Wenn beispielsweise die Zahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Abschluss halbiert werden soll, sind alle drei Ebenen gefordert. Der Bund muss dabei zumindest dafür sorgen, dass Länder und Kommunen über entsprechende Finanzspielräume verfügen, um etwa Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter für jede Einrichtung, insbesondere für Schulen in sozialen Brennpunkten, einstellen zu können. In jedem Bundesland müssen verbindliche Schritte vereinbart und regional koordiniert werden – die konkrete Arbeit findet dann in den Kommunen statt. Die für den Bildungsbereich wichtigen öffentlichen Einrichtungen müssen

besser miteinander vernetzt werden. Nur so werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, das Thema Schulverweigerer flächendeckend flexibel und zielorientiert anzugehen.

Und wo sehen Sie die bildungspolitische Verantwortung idealerweise angesiedelt: auf Bundes- oder auf Länderebene? Wie schätzen Sie die Rolle ein, die man Kommunen nach der Föderalismusreform in puncto Bildung zuweist?

Kehle: Die Verantwortung sehe ich klar bei den Ländern und Kommunen. Durch Zentralisierung allein wird nichts besser. Wir brauchen aber mehr Wettbewerb im Föderalismus und die Bereitschaft, aus bildungspolitischen Erfahrungen anderer zu lernen. Die Rolle der Kommunen ist in den einzelnen Bundesländern nicht einheitlich. Bei uns in Baden-Württemberg sind Kommunen als Schulträger ein starker Partner des Landes, das die Lehrkräfte stellt.

Warum sollten Kommunen sich überhaupt in die Gestaltung der Bildungslandschaft einschalten?

Thöne: Wir suchen vor allem Lösungen. Ob diese greifen, entscheidet sich an den konkreten Bedingungen vor Ort. Viele Fragen im Bildungsbereich stellen sich in einer Großstadt ganz anders dar als auf dem dünn besiedelten Land. Doch eins bleibt gleich: Wer tragfähige Lösungen finden will, muss die Menschen und die Einrichtungen vor Ort unbedingt in den Diskussions- und Entscheidungsprozess mit einbeziehen.

Welche Bedeutung z.B. als (lokaler) Standortfaktor hat Bildung in Ihren Augen?

Kehle: Die Gestaltung kommunaler Bildungslandschaften ist die dominierende Herausforderung für die nächsten Jahre. Ein optimales Bildungsangebot ist für Familien neben dem Arbeitsplatz der entscheidende Standortfaktor. Wer für Familien attraktiv sein will, muss sich intensiv um Bildung und Kinderbetreuung kümmern.

Der Gestaltungsspielraum von Kommunen steht im Interessenmittelpunkt des Innovators Clubs. Wo können Kommunen gegenwärtig bildungspolitisch eingreifen? Wo liegen die besonderen Potenziale vor Ort?

Kehle: Die Kommunen sind ‚Marktführer‘ und wichtigster Finanzträger der Kinderbetreuung in allen Altersstufen. Hier kommt es auf einen Ausbau der Kleinkindbetreuung und eine Qualitätsinitiative in den Kindergärten an. Schulen müssen stärker mit den Kindergärten vernetzt, der Ganztagsbetrieb ausgebaut werden.

Thöne: Bürgernähe und Transparenz stehen für mich im Mittelpunkt. Nirgendwo haben die Bürgerinnen und Bürger mehr Einflussmöglichkeiten auf die Gestaltung von Politik als in den Kommunen. Deshalb besteht hier die Möglichkeit, ein besonderes Identifikationsverhältnis zwischen Einrichtungen und Bürgern zu schaffen. Die Kommunen haben die Chance, die Wirkung und Möglichkeiten verschiedener Einrichtungen zu kombinieren und diese entsprechend einzusetzen.

Wo sind den Kommunen Grenzen gesetzt? Welche Bedingungen müssen geschaffen oder verbessert werden, um Kommunen die Gestaltung ihrer Bildungslandschaft zu erleichtern?

Thöne: Das Ziel einheitlicher Lebensverhältnisse und der gleichen, hohen Qualität von Bildung muss gewahrt bleiben. Der Widerspruch zwischen den konkreten Möglichkeiten vor Ort und der Beachtung allgemeiner Vorgaben ist sehr reizvoll, wenn die Suche nach konstruktiven Lösungen im Vordergrund steht. Unsere Gesellschaft und unser Bildungssystem entwickeln sich ständig weiter, die Antworten von gestern können heute schon falsch sein. Diese rasante Entwicklung produktiv zu gestalten, halte ich für das größte Potenzial der Kommunen.

Kehle: Die Grenzen liegen bei der Finanzausstattung, der ebenfalls hohen Priorität anderer kommunaler Aufgaben und der Personalhoheit der Länder. Auch wenn die Auswirkungen der Finanzmarktkrise noch nicht voll erkennbar sind, müssen wir mit deutlich rückläufigen Steuereinnahmen rechnen. Daraus müssen Städte und Gemeinden neben dem Bildungssektor andere wichtige Aufgaben finanzieren: Klimaschutz, Altenpflege, Sicherung vorhandener Infrastruktur zum Beispiel. Bei der Gestaltung der Schullandschaft kommt es zudem auf enge Kooperation mit dem Land an, das für Erziehung und Lehre verantwortlich ist.

Baden-Württemberg gilt auch bildungspolitisch als Musterlände. Inwieweit ist das dem Engagement der Kommunen zu verdanken? Welche Best-Practice-Beispiele haben Sie als baden-württembergischer Kommunalvertreter dazu im Kopf?

Kehle: Wenn Baden-Württembergs Schulen gut abschneiden, dann auch weil über 95 Prozent der Kinder die Kindergärten besuchen, in denen sehr gute Erziehungsarbeit geleistet wird. Unsere Schulen sind vergleichsweise gut ausgestattet und stark im Gemeindeleben verankert. Unsere Hauptschulen führen 45 Prozent ihrer Schüler zu einem mittleren Abschluss und vermitteln gute Ausbildungschancen, vor allem auf dem Land. Beispiele kluger Pilotprojekte sind etwa das Bildungshaus Bad Wurzach, wo es um die Verknüpfung von Kindergarten und Grundschule geht, und die Hauptschule in Amtzell, in der Schüler vorbildlich gefördert, zum mittleren Abschluss gebracht und in Ausbildungsplätze vermittelt werden

TIC – Quer

„Von den ‚Lernenden Regionen‘ gehen wichtige Impulse für das gesamte Bildungswesen aus“

von Dr. Annette Schavan, MdB, Bundesministerin für Bildung und Forschung



Dr. Annette Schavan, MdB, Bundesministerin für Bildung und Forschung

Lebenslanges Lernen hat in der europäischen Beschäftigungsstrategie oberste Priorität und ist zugleich ein Grundelement des deutschen und europäischen Gesellschaftsmodells. Lebenslanges Lernen dient nicht nur wirtschaftlichen Belangen und verbessert die Beschäftigungsfähigkeit. Bürgerinnen und Bürger schaffen sich so zusätzliche Möglichkeiten der Lebensgestaltung und Teilhabe an Wohlstand und gesellschaftlichen Veränderungsprozessen. Darüber besteht bei Bund und Ländern unabhängig von den jeweiligen Zuständigkeiten Konsens.

Um die selbstbestimmte Nachfrage für Weiterbildungsangebote zu stärken und die Rahmenbedingungen für lebenslanges Lernen zu verbessern, brauchen wir neue Angebotsstrukturen. Das ist das Ziel des Förderprogramms „Lernende Regionen – Förderung von Netzwerken“, der bislang größten gemeinsamen Initiative von Bund und Ländern zur Förderung des lebenslangen Lernens. Dazu werden allgemeinbildende, berufsorientierte und weiterführenden

de Schulen und Bildungsträger, Kammern, Kommunen, Betriebe, Sozialpartner, Jugendämter, Arbeitsämter, soziokulturelle Einrichtungen und Agenda 21-Projekte regional miteinander vernetzt. Das ist die entscheidende Voraussetzung für erfolgreiche Umsetzungsstrategien.

Inzwischen gibt es bundesweit 72 Lernende Regionen, die die Bildungsangebote für ihre Bürgerinnen und Bürger nachhaltig vernetzt und damit verbessert haben. Davon gehen wichtige Impulse für das gesamte Bildungswesen aus: die Verbesserung der Markttransparenz, die Bildungsberatung, die Qualitätssicherung, die Anerkennung informeller Kompetenzen und die Erleichterung von Übergängen im Bildungssystem, die Erschließung neuer Lernorte, die Zusammenarbeit mit kleinen und mittelständischen Unternehmen und die Entwicklung von Bildungsmarketing. Die Lernenden Regionen haben insbesondere auch bildungsferne und benachteiligte Gruppen im Blick, um deren Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern.

Eine neue Wertschätzung von Bildung erfordert höhere Investitionen. Mehr Geld allein reicht aber nicht. Kirchen, Unternehmen, Vereine und Verbände arbeiten im Rahmen ihrer Möglichkeiten an der Bildungsrepublik mit. Regional können Bildungsnetzwerke aus Unternehmen und Ehrenamtlichen ihren Beitrag leisten, um die Lern- und Leistungsbereitschaft junger Menschen zu steigern und insbesondere lernschwache Schülerinnen und Schüler zu motivieren. Denn die Teilhabe aller an Bildung und Ausbildung ist nicht nur ein Gebot der Chancengerechtigkeit, sondern ebenso der ökonomischen Vernunft.

Zur Person

Dr. Annette Schavan, MdB, Bundesministerin für Bildung und Forschung

Geboren am 10. Juni 1955 in Jüchen, aufgewachsen mit zwei jüngeren Brüdern in Neuss am Rhein, katholisch, ledig. Nach dem Studium der katholischen Theologie, Philosophie und Erziehungswissenschaften 1980 Promotion zum Dr. phil.

Beruflicher Werdegang:

- 1980 – 1984: Referentin bei der Bischöflichen Studienförderung Cusanuswerk
- 1984 – 1987: Abteilungsleiterin für außerschulische Bildung im Generalvikariat in Aachen
- 1987/88: Bundesgeschäftsführerin der Frauen-Union der CDU
- 1988 – 1991: Geschäftsführerin des Cusanuswerks
- 1991 – 1995: Leiterin des Cusanuswerks

Politischer Werdegang:

- 1975 – 1984: Kommunalpolitikerin in Neuss
- 1982 – 1984: Stadträtin
- 1995 – 2005: Ministerin für Kultus, Jugend und Sport in Baden-Württemberg
- seit 1998: Stellvertretende Vorsitzende der CDU Deutschlands
- 2001 – 2005: Mitglied des Landtages von Baden-Württemberg
- seit Oktober 2005: Mitglied des Deutschen Bundestages
- seit November 2005: Bundesministerin für Bildung und Forschung

www.bmbf.de

Blogs around the Clock

Wie der US-Internetwahlkampf die Politik verändert hat

von Franz-Reinhard Habel



Franz-Reinhard Habel, Sprecher des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, ist gespannt, wie das Internet zukünftig den Wahlkampf in Deutschland beeinflussen wird.

Obamas Wahlkampf hat deutlich gemacht, welche Rolle das Internet künftig in der Politik spielen wird. Zehntausende von Unterstützerguppen bildeten sich durch das Internet. Bürger luden Nachbarn zu politischen Partys ein, sie riefen nach festgelegten Plänen Freunde und Bekannte an, um sie vom demokratischen Präsidentschaftskandidaten zu überzeugen. In einem Time-Magazine-Interview nannte Obama seine Kampagne offen, transparent und partizipatorisch. All dies ist mit dem Internet kompatibel. Derzeit hat Obama allein bei Facebook mehr als 2,3 Millionen Fans. Fast 500.000 Einträge wurden auf seiner Facebook-Seite gemacht. Von Bürgern produzierte You-Tube-Videos wurden millionenfach aufgerufen.

Millionen von Dollars in Form von Kleinstspenden wurden über das Internet gesammelt. Es war ein Wahlkampf der Bürger und nicht nur eines Kandidaten. Obama ist es gelungen, die Bürger in einer noch nie dagewesenen Art und Weise zu mobilisieren. Galt Präsident Roosevelt als ein Mann des Radios – seine Rundfunkansprachen sind legendär – Kennedy als ein Mann des Fernsehens, ist Obama ein Mann des Internets. Elektronische Formulare konnten mit Kontaktdaten ausgefüllt werden, wie man den Wahlkampf unterstützen will. Durch Eingabe der Postleitzahl war es möglich, Freunde und Aktivisten in der Nachbarschaft zu finden und sich mit ihnen zu verabreden. Unter der Rubrik Barack TV auf der Seite www.barackobama.com konnte man sich alle möglichen Videobeiträge auf der Seite ansehen, z.B. Meet Barack, Speeches oder Issues. Die Videoinhalte setzten sich nicht nur aus gehaltenen Reden zusammen, sondern sind oft im Dokumentarstil konzipiert. Die Dauer beträgt zwischen wenigen Minuten bis weit über 10 Minuten. Die Auswahl ist sehr groß. Die zentrale Website wurde durch www.mybarackobama.com ergänzt. Dort konnte man ein eigenes Profil in dem sozialen Netzwerk erstellen, bestimmte Software nutzen und gemeinsam mit anderen Aktivitäten planen und durchführen. Alle Web-2.0-Instrumente wie Blogs wurden voll ausgespielt. Mit diesen Kommunikationstools konnten die Bürger nicht nur am Wahlkampf teilhaben, sondern ihn selbst gestalten. Diese neue Dimension des Bürgerwahlkampfes gemeinsam mit einem Kandidaten setzte eigenständig Themen und den Politikfunktionären in den Hinterzimmern eine breite offene Diskussion entgegen. Der Bürger wurde zum Akteur.

Der neu gewählte Präsident kündigte inzwischen an, jeden Gesetzentwurf einige Tage online zu stellen, damit Bürger, Unternehmen und sonstige interessierte Personen und Einrichtungen dazu Stellung nehmen zu können.

Geradezu revolutionär ist die neueste Website von Obama www.change.gov. Er realisiert damit sein Versprechen eines transparenten Governments. Die Bürger werden beim Umgestaltungsprozess der US-Politik systematisch mit einbezogen. Hier wird ein offenes Government praktiziert. „It's Your America: Share Your Ideas“ ist die Botschaft. Bürger können auf dieser Website Visionen, Ideen und Anregungen zum Thema „Change“ austauschen. Keine andere Regierung hat bisher einen solchen Weg beschritten. Die Hightech-Politik hat längst begonnen. Mehr als ein Dutzend Wahlen gibt es 2009 in Deutschland. Warten wir ab, wie wir das Internet zur Entwicklung einer aktiven Bürgergesellschaft einsetzen. Das Internet und Web 2.0 sind das eine, das andere sind die Inhalte. Ohne Vision und ohne Botschaft ist kein Staat zu machen.

TIC – Background

Rote Karte für weiße Flecken

„Mehr Breitband für Deutschland“: Die im Mai 2008 gestartete Informationskampagne des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und der Deutsche Telekom AG stößt auf große Resonanz. Für 2009 sind bereits weitere Veranstaltungen geplant.

Die Versorgung mit einer leistungsfähigen Breitbandinfrastruktur gehört für Städte und Gemeinden in Deutschland heute zu den entscheidenden Standortfaktoren. Während jedoch in den Ballungsgebieten schnelle Datenleitungen in der Regel flächendeckend zur Verfügung stehen und sukzessive modernisiert werden, stellt sich die Situation in den ländlichen Regionen grundlegend anders dar. Legt man eine heute allgemein als Mindeststandard angesehene Übertragungsgeschwindigkeit von einem MBit pro Sekunde zugrunde, verfügen in Deutschland im Jahr 2008 immer noch rund drei Millionen Haushalte mit rund fünf Millionen Menschen nicht über diese Technologie. Das bedeutet, dass 800 Städte und Gemeinden mit etwa 2.000 Ortschaften von der Versorgung mit Breitband abgeschnitten sind. Die Breitbandlandkarte weist demnach vielerorts noch die viel zitierten „weißen Flecken“ auf.



Breitband in ganzer Breite? Noch stehen bei weitem nicht in allen Regionen Deutschlands schnelle Datenleitungen zur Verfügung. Besonders der ländliche Raum ist betroffen.

Die Nachteile, die diese Situation für die unversorgten ländlichen Regionen mit sich bringt, sind mannigfaltig. Für die lokale Wirtschaft ist das Vorhandensein einer leistungsfähigen Infrastruktur zum Datenaustausch eine entscheidende Voraussetzung, um in der Geschäftswelt des 21. Jahrhunderts bestehen zu können. Dabei muss es gar nicht nur um Hightech-Unternehmen oder „Softwareschmieden“ gehen. Betroffen sind vor allem die mittleren und kleinen Unternehmen, die traditionell das Rückgrat der lokalen Wirtschaft bilden. Dies kann z.B. die örtliche Druckerei sein, die ihre Vorlagen über das Internet zugeschickt bekommt, das Architekturbüro, in dem komplexe Bauzeichnungen elektronisch versandt werden, oder die Kfz-Werkstatt, die ausgelesene Diagnosedaten zum Abgleich an ihre Zentrale schicken

möchte. Auch für die ärztliche Betreuung mittels Telemedizin ist eine ausreichende Breitbandversorgung zwingend notwendig. Dabei stellt diese technische Neuerung gerade in ländlichen Regionen mit abnehmender Dichte der hausärztlichen Versorgung eine Chance dar, Patienten auch unter diesen Bedingungen optimal zu betreuen. Nicht zuletzt sind natürlich die Familien abseits der Ballungszentren auf eine schnelle Internetverbindung angewiesen, wollen sie nicht von den Errungenschaften der Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts abgehängt werden. Dies gilt besonders für Kinder und Jugendliche, die ihre Hausaufgaben teilweise online abrufen, bestimmte Themen im Internet recherchieren oder einfach nur die vielfältigen Angebot des Web 2.0 nutzen wollen.

Informationsveranstaltungen in allen Bundesländern

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund setzt sich aus diesen Gründen bereits seit geraumer Zeit für den Ausbau der Breitbandversorgung ein. „Die Versorgung mit einer leistungsfähigen Breitbandinfrastruktur ist heute genauso wichtig wie die Anbindung an Schienen oder Straßen in den vorangegangenen Jahrhunderten“, betont Franz-Reinhard Habel, Sprecher des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, die Bedeutung dieser Zukunftstechnologie für die deutschen Kommunen. Im Mai dieses Jahres startete der kommunale Spitzenverband in Kooperation mit der Deutschen Telekom AG deshalb die Informationskampagne „Mehr Breitband für Deutschland“. Im Mittelpunkt des auf zwei Jahre angelegten Projektes steht das Vorhaben, Städten und Gemeinden Informationen über die verschiedenen Möglichkeiten des Ausbaus der Breitbandinfrastruktur zur Verfügung zu stellen. Die Kommunen werden sowohl über die Förderprogramme der öffentlichen Hand als auch über die speziell auf den ländlichen Raum zugeschnittenen Kooperationsangebote der Deutschen Telekom AG informiert. Auf diese Weise möchte der DStGB zur Beseitigung der weißen Flecken auf der Breitbandlandkarte beitragen und flächendeckend eine leistungsstarke Anbindung an das schnelle Datennetz für alle Städte und Gemeinden erreichen.

Im Rahmen der Informationskampagne führt der DStGB mit Unterstützung seiner Mitgliedsverbände derzeit Informationsveranstaltungen in allen Bundesländern durch. Die ersten drei Veranstaltungen haben von Juli bis September dieses Jahres stattgefunden und waren durchweg gut besucht. Insgesamt konnten bei diesen Veranstaltungen über 100 Bürgermeister aus vier Landkreisen begrüßt werden.

Für das Jahr 2008 sind weitere Veranstaltungen geplant, unter anderem in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. Die Informationskampagne wird auch im Jahr 2009 fortgesetzt. Aktuelle Veranstaltungstermine und Wissenswertes zur Breitbandversorgung finden sich auf der Homepage des DStGB (www.dstgb.de) in einem speziellen Schwerpunkt.

Mitte November starten die drei kommunalen Spitzenverbände in Kooperation mit dem Bundeswirtschaftsministerium und dem Branchenverband VATM zudem eine bundesweite Datenabfrage zur Breitbandversorgungslage. Bereits im Sommer 2008 ist in Rheinland-Pfalz eine Pilotbefragung der Kommunen mit über 600 Rückmeldungen höchst erfolgreich verlaufen.

Kommunen mit Weitblick

von Ramona Rolf

Auf dem 9. Deutschlandforum Verwaltungsmodernisierung des Innovators Club – dieses Mal auf dem Campus der Zeppelin Universität Friedrichshafen – wurde in besonderer Weise grenzüberschreitend diskutiert und gearbeitet. Das Programm der zweitägige Veranstaltung am 24. und 25 April 2008 wurde gemeinsam mit den Studierenden der Hochschule am Bodensee ausgearbeitet. Das Schwerpunktthema lautete: „Kommunen mit Weitblick. Szenarien und Visionen im 21. Jahrhundert“. Der erste Tag stand unter dem vertiefenden Motto „Perspektive Bürger: Teilnahme und Mitmachen“.



Podiumsdiskussion auf dem 9. Deutschlandforum Verwaltungsmodernisierung (v.l.): Franz-Reinhard Habel, Prof. Dr. Karen van den Berg, Prof. Dr. Heinrich Wilms, Dr. Reto Steiner und Martina Daske.

Zunächst begrüßte Prof. Dr. Stephan A. Jansen, Präsident der Zeppelin Universität, die über 40 Teilnehmer und informierte über Ziele, Struktur und Anforderungen der Privat-Hochschule. Anschließend waren die Studierenden gefordert. Im Vorfeld der Veranstaltung hatte der akademische Nachwuchs der Zeppelin Universität die Möglichkeit gehabt, an einem Ideenwettbewerb teilnehmen. Aufgabe war es neue Konzepte und Lösungsansätze für eine öffentliche Verwaltung von morgen zu erarbeiten. Eine Jury ermittelte unter den eingereichten Vorschlägen die drei besten Konzepte.

Jonas Kwaschnik und Christian Janisch überzeugte mit dem Beitrag „Die holistische Verwaltung von übermorgen“. Die Teilnehmer forderten dabei den Wandel vorhandener Strukturen hin zu einer ganzheitlichen Verwaltung, die auf digitalen Informationsflüssen basiert und als One-Stop-Agency fungiert. Konkrete Vorschläge waren u.a. das Einrichten von Bürgerbüros in jedem Stadtteil und die Forderung, jedem Bürger auf lokaler Ebene nur noch einen Ansprechpartner, der auf alle zentral gespeicherten Daten zurückgreifen kann, zuzuteilen. Mit dem Beitrag „Die Bürgersoftware Digital Citizens 2020“ waren Kai Klicker, Daniel Schulz und Jens Korsten erfolgreich. Sie forderten parallel zu den bestehenden Strukturen eine Virtualisierung des öffentlichen Lebens in Kommunen und entwarfen dafür die kostenfreie Bürgersoftware „Digital Citizen“. Neben der Abbildung sämtlicher Verwaltungsdienstleistungen soll diese Software auch einen virtuellen Raum für Abstimmungen, Diskussionsforen und Bürgereingaben bereitstellen.

Der dritte von der Jury ausgezeichnete Vorschlag kam von Florian Lucke. Vor dem Hintergrund der desolaten Finanzlage der Kommunen und angelehnt an ein bestehendes System in der Schweiz entwarf der Autor unter dem Titel „netzwerk regional. Ein kommunales Finanzierungsinstrument“ die Idee, eine bargeldlose Komplementärwährung zu initiieren. Dazu werden die jeweiligen Kommunen sowie möglichst viele weitere kleine und mittlere Unternehmen aus der Region in der Genossenschaft „netzwerk regional“ zusammengefasst und bilden einen Verrechnungsring.

Nachdem die Studierenden ihre Thesen und Konzepte präsentiert hatten, mussten sie diese beim „Kreuzverhör“ durch das Plenum weiter erläutern und sich kritischen Fragen stellen. Auch in der anschließenden Expertenrunde, zu der Moderator Franz-Reinhardt Habel, Sprecher des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, die Teilnehmer Prof. Dr. Karen van den Berg (Zeppelin Universität Friedrichshafen), Martina Daske (Bürgermeisterin der Stadt Uslar), Dr. Reto Steiner (Universität Bern) und Prof. Dr. Heinrich Wilms (Zeppelin Universität Friedrichshafen) begrüßen konnte, wurden die Beiträge der Studierenden weiter angeregt diskutiert.

Des Weiteren bildeten die drei Modelle für eine „Verwaltung von morgen“ die Grundlage für die intensiven Workshop-Phasen am Nachmittag des ersten Veranstaltungstages. Die erste Arbeitsgruppe beschäftigte sich mit dem Thema „Beziehungsmanager, Potenzialentdecker & Wandelgestalter. Anforderungen an das Personalmanagement von übermorgen. „Netzwerk oder Bürokratie! Oder Netzwerkbürokratie? Zur Veränderung der Kommunalverwaltung durch Netzwerke“ lautete die These, mit der sich die zweite Arbeitsgruppe auseinandersetzte. Und im dritten Workshop-Team suchte man Antworten auf die Frage „Separate Verrechnungskreisläufe – eine Lösung zur Finanzierung anstehender Modernisierungskosten?“. Aus den intensiv geführten Diskussionen ergaben sich konkrete Pilotprojekte. So werden beispielsweise die Ideen der Gruppe um Sarah Költzow in Uslar und Usingen erprobt. Darüber hinaus wird der Innovators Club ein Pilotprojekt von Florian Lucke in Afrika begleiten. Am Abend hatten die Veranstalter alle Teilnehmer zum gemeinsamen Abendessen ins Zeppelin Museum eingeladen. Beim informellen Teil der Veranstaltung wurde weiter über die Thesen der Studierenden diskutiert.

Der zweite Tag des 9. Deutschlandforum Verwaltungsmodernisierung stand unter dem Schwerpunktthema „Perspektive Kommune: Netzwerke anstatt Bürokratie?“. Auftakt bildete der Praxisbericht über das Projekt T-City. Im Februar 2007 war Friedrichshafen zur ersten T-City Deutschland gekürt worden. Jetzt berichteten Josef Büchelmeier, Oberbürgermeister der Stadt Friedrichshafen, und Dr. Jürgen Kaack, T-City-Projektleiter, über den Status und die Perspektiven des Projekts sowie über Details aus Teilprojekten. Dass auch in anderen Ländern ähnliche Projekte durchgeführt werden, belegte im Anschluss Franz Kucharowits, stellv. Stadtamtsdirektor der Stadt Schwechat. Die südöstlich von Wien gelegene 16.000 Einwohner zählende Stadt gilt als Technologie-City Österreichs. Kucharowits erläuterte unter anderem das Projekt „eSchwechat“.

Im Anschluss erfuhr das Plenum in drei Impulsreferaten mehr über die „Grenzen und Chancen technologischer Netzwerke“. Anke Domscheit (Microsoft GmbH) referierte zum Thema „Interoperabilität und Innovationen“. Willi Kaczorowski (Cisco GmbH) informierte über „Das Netzwerk als Antwort auf kommunale Herausforderungen. Beispiel: Alternde Gesellschaft.“ Und Peter Jakob-Woltering (T-Systems) erläuterte das Thema: „Von der Vision zur Realität: Prozessoptimierung in der öffentlichen Verwaltung“.

Auch die Studierenden der Zeppelin Universität griffen das Thema an diesem Tag auf – und zwar auf ihre ganz eigene Art und Weise. In Form eines Theaterstücks wiesen sie auf die Gefahren von technologischen Netzwerken für die (Kommunikations-)Kultur einer Gesellschaft hin.

Dass das Internet im Bezug auf technologische Netzwerke eine wichtige Rolle spielt, untermauerte dann Dr. Remigius Bunia von der Zeppelin Universität. Sein Vortrag zum Thema „Das Internet und die Zukunft“ war die Überleitung zu abschließenden Diskussion zwischen Plenum, Referenten und Studierenden.

IC Innovators Club – Kontakt

Innovators Club – Deutschlandforum Verwaltungsmodernisierung

DStGB Dienstleistungs-GmbH

Marienstraße 6

12207 Berlin

Tel: +49 30 77307-0

Fax: +49 30 77307-200

info@dstgb-gmbh.de

www.dstgb-gmbh.de

Vertretungsbevollmächtigter

Dr. Gerd Landsberg, DStGB Dienstleistungs-GmbH

Redaktion TIC:

Franz-Reinhard Habbel

redaktion@tic-magazin.de